Das Reichsbanner

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 1.95 RM., monatlich 65 RPfg. Zeitungspreisliste 4. Nachtrag Seite 21. Einzelnummer im Zeitungshandel 20 RPfg. Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Fernruf: Amt Norden 2386 1—65. Postscheck 122 Magdeburg. Redaktionelle Leitung Karl Höltermann, verantw. Ernst Diefenthal, beide in Magdeburg. Tel. 9778. Alleinige Anzeigenannahme: Anzeigenverwaltung des Reichsbanners, Magdeburg, Gr. Schulstr. 2b. Tel. Norden 24278. Postscheck 2625 Magdeburg. Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen. / Insertions-Bedingungen: Die 9 gesp. Millimeter-Zeile im Anzeigenteil 40 RPfg., die 3 gesp. Millimeter-Zeile im Reklameteil 3 RM. / Beilagen nach Vereinbarung. / Verantwortlich für Anzeigen E. Schuppe, Magdeburg

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold / Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. V., Sitz Magdeburg

Nr. 23 — Magdeburg, 8. Juni — Jahrgang 1929

Reichsbanner und deutsche Zukunft

Reichsbanneraufmarsch bei der Reichsregierung am 11. August

Das Wachstum unsrer Verbände, der lebhaftere Ideenaustausch in unsern Reihen, das kräftigere Hervortreten unsrer führenden Kameraden im öffentlichen Leben, der immer stärkere Widerhall unsrer Kundgebungen in Wort und Schrift, die gesteigerte Aufmerksamkeit auf unsre überparteiliche Kritik in der Presse wie in den Amtsstuben der Behörden und sogar der — Bureaukratie, ganz besonders aber das tatkräftige Interesse der großen republikanischen Organisationen, die den Willen zum Neubau des deutschen Staates, zur Schaffung neudeutscher Volksgemeinschaft verkörpern — das alles zeigt, daß unser Bund, wenn er nach Karl Severings Wort zu Hannover (Herbst 1928) „nie notwendiger gewesen ist als heute", auch sieghafte Volksbewegung geworden ist.

„100 000 Stahlhelmleute marschierten in München" berichtete die Hugenbergpresse in diesen Tagen, die gleiche Presse (nebenbei bemerkt), die diese Massen mit „50 Sonderzügen wieder abrollen" läßt, deren durchschnittliches Fassungsvermögen mit 800 Mann eher zu hoch als zu niedrig bemessen sein dürfte. Geradezu überwältigend aber ist der „Sinn", den die „vaterländische" Presse diesem Massenaufmarsch unterlegte:

„Sie marschieren für eine Staatsidee, die nichts mit Rechten und Forderungen zu tun hat, sie marschieren für das Ideal der Pflicht — —!"

In einem fast anderthalb Jahrtausende umfassenden geschichtlichen Entwicklungsprozeß, dessen beherrschendes Kennzeichen Zersplitterung auf allen, aber auch allen Interessengebieten der nationalen Volksgemeinschaft gewesen ist, scheint dem Deutschen eins in Fleisch und Blut übergegangen zu sein: Die unbedingte Unterordnung unter eine Autorität, die Unfähigkeit, Kritik und Ordnungswillen zu verschmelzen, das kleinbürgerliche Genügen an der „Staatsidee" der „Ruhe und Ordnung". Und da der denkfaul gewordene oder vom innerlichen Miterleben gewaltsam zurückgehaltene Volksgenosse („Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht", „Der Wille des Königs ist das oberste Gesetz") es Jahrhunderte um Jahrhunderte einfach nicht gelernt hatte, Ordnung in sein Denken, in seine politische Betrachtungsweise, in seine politische Kritik zu bringen, flüchtete er auch (schließlich im völligen Mißverstehen des von der Revolution von 1789 aufgebrachten Grundsatzes der allgemeinen Wehr- und Dienstpflicht) in das Gebiet des „Kadavergehorsams" (wie ihn sogar der dem Stahlhelm näher als uns stehende württembergische General v. Moser bezeichnete!) und der Aeußerlichkeiten streng militärischer autoritärer Unter-„Ordnung". Dies Gleichsetzen von Ordnung und Unter-„Ordnung" sehen bei uns auch heute noch Hunderttausende an als ihre „Staatside", als ihr „Ideal der Pflicht". Dies war auch der beschämende „tiefere" innere Sinn des Stahlhelmaufmarsches in München, es ist der Sinn des deutschen Faschismus überhaupt.

Wenn das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sich geistig (und mit der Sammlung der Spargroschen der Kameraden auch opferwillig) heute schon zum Aufmarsch vor der Reichsregierung am 11. August in der Reichshauptstadt rüstet, so ist in allen unsern Reihen heute schon lebendig, daß es da um Phrasengedresche von „Staatsideen", „Pflichtidealen" ebensowenig gehen wird, wie um neue liberalistische Wortkonstruktionen, sondern um positive Forderungen, um ganz bestimmte Volksziele, die bei realpolitisch-einträchtiger Zusammenarbeit der republikanischen Parteien im Kampfe gegen die stumpfsinnigen Mächte des Beharrens auch verwirklicht, zumindest ihrer Verwirklichung nähergebracht werden können.

Wenn (nach deutschnationaler Auffassung) und dem Wortlaut der entsagungsvollen Münchner Papierrede des Herrn Seldte der Stahlhelm wirklich „nichts mit Rechten und Forderungen zu tun" hat, so stellen wir vom Reichsbanner nur Rechte (des Volkes), nur Forderungen (des Volkes) in den Vordergrund. Auf diese Rechte, auf diese Forderungen zu pochen, das ist für uns ein gut Teil des „Ideals der Pflicht". Eine Staatsidee ist so viel wert, als sie sich verwirklichen läßt. Wir wollen weder ein Königreich Utopia bauen, noch einen platonischen Staat.

Auch die Parteien der großen deutschen Linken haben ihre Staatsideen. Wir an unserm Teile fragen zunächst nur: Habt ihr so viel Macht, könnt ihr aus euerm Zusammenstehen so viel Kraft ziehen, um das euch allen Gemeinsame durchzusetzen? Unsre erste Forderung ist: Alle Macht den Republikanern und nur den Republikanern!

Welches sind die Machtpositionen in der Republik? Es sind die gleichen zunächst wie im abgehausten dynastischen Regime: Erziehungswesen, Rechtspflege, das Gebiet der Auslandsbeziehungen (Diplomatie), innere Verwaltung, Wehrmacht. Wir werden zu unserm Berliner Aufmarsch vor der Reichsregierung Vertrauensmänner des Volkes aus allen Parteien untersuchen lassen, wo es in diesen Machtpositionen noch fehlt, welche neuen Strebepfeiler eingezogen, welches morsche Gebälk ausgebrochen werden muß. Dann aber wird auch uns das Wort gelten, das auf dem diesjährigen Parteitag der Sozialdemokratie in Magdeburg den Massen aus der Seele gesprochen worden ist: „Landgraf, werde hart!"

In disziplinierter Kritik, in realpolitisch verständnisvoller Geltungmachung von „Forderungen" erblicken wir geradezu das Wesen staatsbürgerlicher Mitarbeit. In der Heraushebung des deutschen Volkes aus der jahrhundertealten Un-„Ordnung" des Kadavergehorsams zur Ordnung des politischen Denkens und Wollens sehen wir unsern Erziehungsanteil, wenn man will: unser Stück Selbsterziehung.

Man will uns, auch uns, eine „Frontsoldatenpolitik" einreden. „Das Frontleben habe innerhalb des kämpfenden Heeres ebensowohl als innerhalb der Heimatfront neue Gedanken aufkeimen lassen. Dann aber habe sich „der routinierte Parteipolitiker" durchgesetzt. Jetzt wiederum müsse die Idee wahrer Frontkameradschaft zum Leitgedanken neuen politischen Wirkens werden. Wahre Frontsoldatenpolitik wurzle gleichermaßen in der Bejahung der Führerautorität, wie in derjenigen der „Solidarität" (Gemeinschaft). Ungleich dem Urnebel aber, aus dem sich vor Jahrbillionen Welten entwickelt haben mögen, scheint uns aus diesem Phrasennebel nur Unklarheit, Unordnung nach doppelter Richtung zu entstehen.

Einmal: Auch der Begriff der Führerautorität hat sich grundsätzlich umgewandelt. Staatsmännisches Denken und Handeln geht heute in ganz andern, ungeheuer gewachsenen Massen und kompliziertern Formen vor sich; die Richter, Bebel, Windthorst, die Bismarck konnten ihre programmatischen Reden und Manifeste in Ruhe und zeitlicher Beschaulichkeit ausarbeiten. Noch beherrschte damals längst nicht in dem Maße wie heute — so die Wissenschaft, so in Politik — das Spezialistentum. Mehr als je ist der Staatsmann von heute in seinen Bemühungen, sich durch das unendlich verzweigte Wegenetz des öffentlichen Wirkens durchzufinden, auf geordnete, sachliche Kritik einerseits, auf gelegentliche — Nachsicht anderseits angewiesen. Ein Staatsmann, der nicht auch einmal „Böcke" schießt, wäre heute wirklich ein „Stein der Weisen, das achte Weltwunder" (Friedrich II.). Das Mitglied unsers Reichsausschusses Reichsminister a. D. Otto Landsberg hat hier auf dem Magdeburger Parteitag in der Tat ein allgemeinverbindliches Wort ausgesprochen.

Dieses sachlich-psychologische Verhältnis bedingt aber ein andres: Das Vertrauen der Massen muß in Optimismus, in gläubiger Hoffnung auf Vorwärtsentwicklung verankert sein. Wir haben hier im „Reichsbanner", um nur einen bezeichnenden Einzelfall, den erfreulicherweise endlich begrabenen Streit um den Panzerkreuzer und seine einzelnen Raten, anzuführen, rechtzeitig (vor dem Ausbruch dieser „Krise") auf eine psychologisch verständnisvolle, vorbeugende Behandlung dieser Einzelfrage hingewiesen. Wir waren aber auch ständig ebensosehr der Ansicht, daß, nachdem man nun einmal eine frühzeitige Ordnung der Angelegenheit übersehen hatte (die Führer können nun einmal gelegentlich „Böcke schießen"!), realpolitisch zur Tagesordnung übergehen müsse. Die deutsche Gesamtentwicklung muß aus der Atmosphäre des Stimmungsmäßigen herausgehoben werden."

„Quo vadis Reichsbanner?", zu deutsch: Wohin marschiert das Reichsbanner? So fragt uns einer aus der politisierenden „Frontsoldatengeneration", Herr Mahraun vom Jungdeutschen Orden. Die Antwort ist im Hinblick auf das oben Gesagte und auf das früher von uns Betonte so einfach als nur möglich. Uns geht es um praktische Leistungen auf allen wesentlichen Gebieten des öffentlichen Lebens. Diese praktischen Leistungen müssen, wie die Strahlen des Kristalls, zusammenschießen im Wachstum des deutschen Volkes zu einem nach innen und außen machtvollen und friedlichen deutschen Einheitsstaat, unter dem Banner Schwarzrotgold. In diesem Zeichen werden die Reichsbannermassen am Verfassungstag zu Berlin der Reichsregirung ihren lebendigen Glauben an die freiheitliche Aufwärtsentwicklung der deutschen Nation in machtvoller Einheitlichkeit zurufen. K. M.

„Nur einer soll regieren!"

So der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski in der preußischen Landtagssitzung vom 14. Mai! Das Wort hört sich in einem demokratischen Parlament seltsam an, besonders dann, wenn in diesem Parlament eine aus drei Parteien gebildete Koalitionsregierung am Ruder ist. Und dennoch bleibt die von Grzesinski vorgetragene Forderung eine Grundvoraussetzung jeder Regierungsmöglichkeit!

Es ist nämlich nicht wahr, daß nur die Staatsformen der Monarchie oder der Diktatur für eine einheitliche und zielklare Regierungsführung oder politische Willensbildung sichere Gewähr böten. Der letzte Zar von Rußland war, obwohl er den Titel eines „Selbstherrschers aller Russen" trug und seine politische Stellung überdies auch durch ihre religiöse Fundierung an Einflußmöglichkeit nicht das geringste zu wünschen übrigließ, der Spielball in den Händen zahlreicher Intriganten und schließlich des Mönches Rasputin und seiner Gegenspieler. Seine politischen Entscheidungen waren Zeugnisse einer fortgesetzten Unentschlossenheit und persönlichen Urteilslosigkeit. Auch Diktaturen erwecken nur dann den Eindruck klaren Zielwillens, wenn ihr Inhaber eben „der Mann dazu" ist. Die Diktatur, die sich auf einer Partei gründet und demgemäß (s. Rußland) für alle Zeiten bestehen soll, wird, wenn die Persönlichkeiten fehlen, sehr bald haltlos sein. Das konstitutionelle monarchische System in Deutschland ist nicht zuletzt an der Zerfahrenheit seiner politischen Willensbildung gescheitert. Die Politik des Auswärtigen Amtes war schon vor dem Kriege von der des Admirals Tirpitz völlig verschieden. Für den klaren positiven Ausgleich dieser Richtungen, zu denen im Kriege noch die Richtung der Reichstagsmehrheit hinzukam, war der Exkaiser Wilhelm bei seiner unglücklichen Veranlagung nicht geeignet. Was die deutsche Politik in den letzten Jahren des alten Systems, und nicht nur in den letzten Jahren, gewollt hat, ist, seit Bismarcks Abgang, für Inland und Ausland immer ein großes Rätsel gewesen.

Dagegen haben während des Krieges die ausgesprochen demokratisch regierten Länder über eine vorbildliche Regierungsführung verfügt. In den Vereinigten Staaten herrschte die Wilsonsche Autorität unbedingt, in England erzwang Lloyd George eine straffe Kriegspolitik und in Frankreich konnte der „Tiger" Clemenceau ans Ruder kommen. Ein Wille herrschte, trotz Demokratie, trotz der verschiedensten politischen Strömungen in diesen Ländern. Natürlich ist nicht nur die Staatsform schuld gewesen, daß diese Völker siegen konnten, das Uebergewicht der Menschen und der Ausrüstung war das ausschlaggebende Moment, — aber die bessere Führungswahl und besonders der Umstand, daß die Politik dieser Staaten auch während des Krieges politisch, nicht militärisch geführt war, also aus demokratischer Anschauungsweise bestimmt blieb, hat doch im Gegensatz zu Deutschland die Siegesmöglichkeiten der gegnerischen Staaten erheblich vermehrt.

Die Demokratie als solche ist also kein Hindernis gegen eine straffe Regierungsführung. Da in ihr der Primat des Politischen über alle militärische Denkweise grundsätzlich entschieden ist — ein Problem, dessen wohl Diktatoren, wie Mussolini oder Napoleon, noch nie aber Monarchien als solche Herr geworden sind —, so ist in ihr eine Hauptvoraussetzung politischer Führung von vornherein erfüllt. Erwünscht bleibt überdies trotzdem eine kluge verfassungsformale Technik, damit die Herausstellung des „Einen-Herrscherwillens", von dem Grzesinski sprach, möglichst reibungslos erfolgen kann. In diesem Punkt ist uns die amerikanische und die englische, war uns im Krieg auch die französische Demokratie überlegen. Die Ueberlegenheit ist darin gegeben, daß in diesen Staaten schon durch den Vorgang der Regierungsbildung selbst die Parlamentsmehrheit als Faktor der politischen Willensbildung mehr gilt als die einzelne Partei.

Das klingt etwas seltsam, wenn man daran denkt, daß sowohl in Amerika wie in England die Mehrheit des Parlaments von nur einer Partei bereits gestellt wird. Und doch ist das gerade der Sinn des künstlich aufrechterhaltenen Zweiparteiensystems oder des Zweiblocksystems. Die Mehrheit wird, sobald sie die Regierung gestellt hat, nicht mehr als Partei, sondern als verantwortliche Repräsentantin des Staates angesehen. In ihr verkörpert sich das Willensprinzip, die Objektivität, die eigentliche Hoheit des Staates. Daß die englische Regierung, obwohl als Regierung kapitalistischer Parteien, für die Dauer des Krieges die Rüstungsindustrie und die Eisenbahnen „verstaatlichen" konnte, während solches der deutsche Militarismus nicht fertigbrachte, zeigt deutlich, wie hoch die Autorität einer Regierung sein kann, wenn auch nur Parteien regieren. Dabei sind sowohl die englischen wie auch die amerikanischen Parteien weit entfernt, von einer weltanschaulichen Getragenheit, sind „nur" politisch und wollen auch nur politisch sein.

Die Frage erhebt sich, ob solche Entwicklung auch in Deutschland möglich ist. Ja, sie ist es, aber nur dann, wenn die Parteien sich daran gewöhnen, ihre Politik vom Staate her, nicht von der Partei her zu machen. Unsre Parteien können die „Weihe der Demokratie" nur dann erhalten, wenn sie das lernen. In dieser Beziehung hat der Vorsitzende der Zentrumspartei, Professor Dr. Kaas, in seiner letzten großen Rede in Essen sehr bedeutsame Worte gesprochen, so als er die in die Reichsregierung entsandten Fraktionskollegen aufforderte, durchaus Staatspolitik zu machen, wenn auch in Anlehnung an ihre Fraktion. Diese Bemerkung stand im Gegensatz zu privaten Wünschen mancher seiner Fraktionskollegen, die von ihren „Vertretern" im Kabinett ein Höchstmaß von Fraktionspolitik erwarten wollen.

Staatspolitisches Denken, einheitliches Denken um der Staatsführung und Staatsautorität willen, hat bisher aber auch im großen und ganzen stets die preußische Regierungskoalition besessen. Hier hat die langjährige Regierungsverpflichtung zu einer vorbildlichen Willensvereinheitlichung geführt, so daß man bezeichnenderweise sehr selten von den preußischen Regierungsparteien, aber sehr viel von der preußischen Regierung als handelnden Faktor zu hören bekommt. „Parteiismus" gibt es in Preußen sozusagen nur bei den Oppositionsparteien. In Preußen kann es der Innenminister wagen zu sagen: „Im Staate kann nur einer regieren!"

F. L.

Belgische und englische Wahl

Die Frühjahrswahlen haben stattgefunden. Ihre Bedeutung wurde vor einigen Wochen an dieser Stelle gekennzeichnet. Heute sollen die Ergebnisse der beiden letzten — und wichtigsten — Wahlen, in Belgien und England, kritisch betrachtet werden.

Keine Hoffnung auf Belgien.

In Belgien ist ein unbestreitbarer Ruck nach rechts festzustellen. Die spezifische Linkspartei, die Sozialisten, haben 8 Mandate verloren. Sie sind damit nahezu auf ihre Stellung von 1925 zurückgeworfen worden. Die Gründe für diese Niederlage, die man weder in Belgien noch anderswo erwartete, sind schwer festzustellen. Vielleicht wirkte die Panik der Inflation nach. Die spezifische Rechtspartei — und das sind trotz ihres Namens die Liberalen — kann einen beträchtlichen Erfolg buchen. Mit einem Gewinn von 5 Mandaten machten sie ihre Niederlage von 1925 wieder zur Hälfte wett. Die Katholiken, die größte Partei, erlitten geringfügige Verluste. Sie sind weder Rechts- noch Linkspartei. Neben extrem reaktionären Nationalisten sitzen dort soziale Christliche Demokraten, die etwa unserm linken Zentrumsflügel entsprechen.

Jedenfalls ist der regierende katholisch-liberale Block gestärkt aus der Wahl hervorgegangen. Auch die Christlichen Demokraten werden kaum große Neigung verspüren, ihn zu sprengen. Nur in einem Punkte werden sie wahrscheinlich hartnäckig bleiben, in der Flamenfrage. Sie haben nämlich ihre Hauptstützpunkte im flämischen Sprachgebiet. Dort aber gelang es der autonomistisch gesinnten flämischen Frontpartei, außerordentliche Erfolge zu erzielen. Wenn sie auch parlamentarisch dem Regierungsblock, der eine sichere Mehrheit besitzt, nichts anhaben kann, so zeugt ihr Sieg doch von einer wachsenden Autonomiebewegung, die Beachtung verdient. Bisher hat der wallonische (französisch sprechende) Teil Belgiens politisch das Heft in Händen gehabt und — vor allem in der Sprachen- und Universitätsfrage — seine Macht nicht klug gebraucht. Die Frontpartei ist die Reaktion hierauf. Wenn auch ein Zerfall Belgiens ins Reich der Phantasie gehört, so dürfen doch derartige Bewegungen nicht unterschätzt werden. Offenbar sind die regierenden Kreise Belgiens klüger als die Franzosen im Elsaß. Der Führer der Christlichen Demokraten, van Caublaert, Antwerpens Bürgermeister, kündigt bereits einen Vorstoß in der Flamenfrage an, und auch der rechtskatholische Ministerpräsident Jaspar verspricht den Flamen Entgegenkommen. So wird also die Flamenfrage kaum als Sprengpulver im Regierungsblock wirken, selbst die fast durchweg wallonischen Liberalen scheinen sich mit dem Entgegenkommen an die Flamen abgefunden zu haben.

Ein zweites Problem, für Deutschland besonders wichtig, ist Eupen-Malmedy. Diese Gebiete, die nach einer „Volksabstimmungs"farce (öffentliche Eintragung) an Belgien kamen, haben deutlich ihren Willen zur Selbstbestimmung kundgetan. Die Christliche Volkspartei, die eine neue Volksabstimmung über die Zugehörigkeit zu Deutschland oder Belgien forderte, erhielt die Mehrheit aller Stimmen in diesem Gebiet. Ihnen folgten die Sozialdemokraten, die ebenfalls für eine gerechte Abstimmung eintreten. Einmal bereits war Belgien bereit, gegen wirtschaftliche Vorteile auf Eupen und Malmedy zu verzichten. Poincaré verhinderte es damals aus prinzipiellen Gründen. Nach dieser Wahl sollte Belgien nicht zögern, das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Praxis anzuerkennen. Und doch haben wir nicht allzuviel Hoffnung. Die nationalistische Reaktion sitzt gar zu fest im Sattel, als daß man auf eine Politik hoffen könnte, die den letzten deutsch-belgischen Gegensatz endgültig beseitigt. Nach dieser Wahl wird Belgien kaum, wie seinerzeit unter dem sozialistischen Außenminister Vanderbelde, Pionierarbeit für die europäische Verständigung leisten.

Linksruck in England.

Ganz anders ist das Bild, das die englischen Wahlen bieten. Hier ist der erwartete Linksruck nicht nur eingetreten, er äußerte sich sogar stärker, als unbefangene Beobachter vermuteten. Die konservative Mehrheit — es war eine Zweidrittelmehrheit! — ist beseitigt. Die Arbeiterpartei hat zwar nicht allein die Mehrheit erobern können, aber viel Mandate fehlen nicht daran. Die liberale Wiedergeburt, von der die Lloyd George nahestehende Presse immer schrieb, ist nicht eingetreten, der Mandatsgewinn ist bescheiden. Aber die Liberalen besitzen trotzdem die Schlüsselstellung. Sie bilden das Zünglein an der Waage, vorausgesetzt, daß sie einig bleiben. Springt nur ein Drittel der Partei ab (im vorigen Parlament war das häufig der Fall), so könnte die Arbeiterpartei auch gegen den Willen der liberalen Parteimehrheit regieren. Für Lloyd George ist also die Lage heikel. Er hat alles in dieser Wahl eingesetzt — vor allem seinen Millionenfonds —, um zu beweisen, daß die Liberalen noch eine Macht sind. Seine Mandatshoffnungen wurden nicht erfüllt. Enttäuscht jetzt auch die liberale Taktik, dann kann das Schicksal der Partei als besiegelt gelten; denn für unfruchtbare Parteien hat der Engländer nichts übrig.

Viel weniger ernst ist die Lage der Konservativen. Sie haben zwar eine schwere Niederlage erlitten, aber ein Machtfaktor bleiben sie nach wie vor. Und die Hoffnung, wieder einmal zur Macht zu kommen, brauchen sie auch nicht aufzugeben.

Phantastisch ist der Aufstieg der Arbeiterpartei. Sie besteht erst seit 23 Jahren. Seit 1918 ist sie ein ernsthafter politischer Faktor. Organisatorisch und ideell unterscheidet sich die britische Arbeiterpartei in wesentlichem von den kontinentalen Sozialisten. Egon Wertheimer, der Londoner Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes, hat diesen Unterschied in einer fesselnd geschriebenen, zur rechten Zeit erschienenen Broschüre „Das Antlitz der britischen Arbeiterpartei"[1]) treffend dargestellt. Wertheimers Schrift ist für jeden politisch interessierten Zeitgenossen unentbehrlich. Die britische Arbeiterpartei ist eine sozialistische Partei, aber unorthodox in jeder Hinsicht, vom Gedankengut der großen Theoretiker (Marx!) kaum beeinflußt. Sie entspricht dem englischen Wesen und eroberte sich daher die Herzen des Volkes — nicht nur der Arbeiter — im Fluge.

Interessant ist übrigens die Feststellung der Stimmverhältnisse. Sie entsprechen bei der Eigenart des englischen Wahlsystems nicht der Mandatsverteilung. In der Stimmenzahl stehen die Konservativen immer noch an der Spitze. Sie haben sogar gegenüber 1924 noch an Stimmen etwas gewonnen (wobei aber die Vermehrung der Wählerschaft um Millionen durch die Erweiterung des Frauenstimmrechts in Betracht zu ziehen ist). Die Arbeiterpartei folgt den Konservativen auf dem Fuße. Sie hat 2¾ Millionen Stimmen gewonnen, die Liberalen gewannen rund 2 Millionen. Die Mandatsverteilung entspricht diesen Zahlen nicht. Aber die Ungerechtigkeit ist nur eine scheinbare. Der Ruck nach links in der Stimmenzahl wirkt sich klar und deutlich im Parlament aus. Das sind gesundere Verhältnisse als bei uns, wo ein Stimmungsumschwung im Volke sich in der Regierung durchaus nicht auswirken muß.

Noch steht zwar nicht fest, ob die Arbeiterpartei die Regierung übernehmen wird. Aber die Wahrscheinlichkeit ist groß. Die Liberalen werden sich dem Volkswillen kaum entziehen können, zumal sie in den Hauptproblemen — Erwerbslosigkeit und Außenpolitik — eher mit der Arbeiterpartei als mit den Konservativen zusammengehen können.

Gerade die außenpolitische Seite der Wahl hat für uns besonderes Interesse. Chamberlains Kurs ist vom englischen Volke verurteilt worden. Chamberlain selbst entging in seinem „bombensichern" Wahlkreis nur um ein Haar der Niederlage (seine Mehrheit beträgt 43 Stimmen gegen 7000 im Jahre 1924). Ein außenpolitischer Kurswechsel steht bevor. Die Konservativen waren auf die Entente mit Frankreich eingeschworen. Sie gingen mit Frankreich durch dick und dünn. Damit hinderten sie die europäische Einigung, die mit der deutsch-französischen Verständigung beginnen müßte. Frankreich hatte es nicht nötig, Deutschland irgendwelche Konzessionen zu machen, die erste Voraussetzung für eine fruchtbare Verständigung. Frankreich erhielt ja alles, was es wünschte durch Englands Hilfe. Unter diesen Umständen konnten die französischen Politiker, die über den Tag hinaussehen, sich gegen die phantasielosen Tagespolitiker nicht durchsetzen. Europa war vollkommen festgefahren.

Löst jetzt England die enge Bindung an Frankreich, ohne dabei etwa eine antifranzösische Politik zu treiben (die Arbeiterpartei denkt nicht daran), dann wird Frankreich aus seiner bequemen Lage, wo ihm die gebratenen Tauben gewissermaßen in den Mund flogen, aufgescheucht. Es muß wieder aktive Politik treiben. Benutzt dann die deutsche Außenpolitik diese Gelegenheit, dann kann die europäische Verständigung Fortschritte machen. Und zwar, was besonders wichtig ist, nicht gegen England, sondern unter tätiger Mithilfe einer englischen Regierung, die weitsichtig genug ist, um zu erkennen, daß auch England von einer solchen Friedenspolitik nur Vorteile haben wird.

Das ist die europäische Seite des englischen Wahlergebnisses. Es hat auch seine weltpolitische Seite, die heute hier nur gestreift werden kann. Die englisch-amerikanischen Beziehungen, die bisher reichlich gespannt sind, kommen voraussichtlich wieder in Fluß. Der angelsächsische Block ist nur dann eine Gefahr für Europa, wenn er von einer imperialistischen englischen Regierung geschaffen wird, und gleichzeitig die europäische Uneinigkeit fortbesteht. Von einer englischen Arbeiterregierung droht diese Gefahr nicht. Unter diesen Umständen dient eine englisch-amerikanische Annäherung nur dem Frieden, sie löst gefährliche Spannungen. Entscheidend ist solche mögliche Entwicklung aber auch für die englisch-russischen Beziehungen, über die wir bei dem unberechenbaren Charakter der Machthaber im Kreml allerdings noch keinerlei Voraussage wagen möchten.

Die Linkswahl in England bedeutet daher außenpolitisch sehr viel. Die Eisschicht, die Europa einfrieren ließ, taut hoffentlich auf. Die europäischen Staaten haben eine neue Chance. Mögen sie sie nützen!

Dr. G. W.

[1]) Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin 1929, 115 Seiten.

Das Ende einer Verleumdung

Seit Monaten hat die friedliche „Menschheit" in Wiesbaden es sich zur Aufgabe gemacht, den Kameraden Mayr in der gehässigsten Weise anzupöbeln. Auch in ihrer Nummer vom 2. Juni setzt sie diesen Brauch fort, obwohl ihr Redakteur Winter nicht mehr im Zweifel darüber sein kann, daß die in der „Menschheit" aufgestellten Behauptungen erstunken und erlogen sind. Denn inzwischen ist das Strafverfahren, das auf Grund einer Selbstanzeige gegen den Kameraden Mayr eröffnet war und in dem auch der Redakteur Winter als Zeuge vernommen worden ist, von der Generalstaatsanwaltschaft in München eingestellt worden.

Unsre Leser erinnern sich, daß die „Menschheit" versucht hat, ihren Behauptungen dadurch den Anschein der Glaubwürdigkeit zu geben, daß sie immer wieder betonte, ihre Vorwürfe stützten sich auf gerichtliche Feststellungen aus dem Fuchs-Machaus-Prozeß. Dazu heißt es in dem Einstellungsbeschluß des Generalstaatsanwalts:

„Die Strafakten Fuchs-Machaus ergeben, wie der Beschluß feststellt, genau das Gegenteil von dem, was die Verleumder behauptet hatten. Sie stellen fest, daß das Gericht einmütig und absolut davon überzeugt gewesen sei, daß Fuchs und Machaus Major Mayr völlig zu Unrecht als eine ehrlose, feile Kreatur hätten hinstellen wollen, die sich skrupellos auf die Erfolgsseite schlage. Mayr habe seine Tätigkeit im Interesse der nationalen Einheit unternommen, mit Scharfsinnigkeit nach und nach völlig schlüssiges Beweismaterial gesammelt und den Behörden Urkundenbeweis dafür erbracht, daß ein Umsturz mit Geld der französischen Regierung bevorstehe. Major Mayr habe der Regierung die glatte Gelegenheit gegeben, den Franzosen Richert zu verhaften und seine Tätigkeit erst eingestellt, als dies „trotz der selten günstigen und unwiederbringlichen Gelegenheit nicht erreicht wurde"."

Die Rolle, die der Redakteur der „Menschheit", Albert Winter, bei seiner Vernehmung spielte, war mehr als traurig. Er erklärte, er habe keine Ursache, sich an dem Verfahren zu „beteiligen", er sei „kein Tatzeuge" und berief sich darauf, daß seine Behauptungen — „politische Urteile" seien. An seine wortreichen Erklärungen knüpft der Generalstaatsanwalt den Kommentar:

„Irgendwelche Unterlagen tatsächlicher Art für eine von Major Mayr begangene Verfehlung im Sinne des § 92 Nr. 1 StGB. oder des Verratsgesetzes vermag hienach offensichtlich auch der Zeuge Winter nicht zu bieten."

Trotzdem setzt die „Menschheit" ihre Angriffe gegen Mayr fort. In welcher niederträchtigen Weise, dafür nur eine Probe:

„Kürzlich fragte ein Mitglied der SPD. und des Reichsbanners bei uns an, wieviel man denn eigentlich auf dem Kerbholz haben müsse, um in der SPD. endlich unten durch zu sein. Wir erwiderten ihm: Wenn Sie im Verdacht stehen, eine reine Weste zu haben, dann sind Sie sicher unten durch . . ."

Man wird zugeben müssen, daß die Charakterisierung, die der Kamerad Hörsing seinerzeit dem Blatte zuteil werden ließ, noch viel zu milde gewesen ist. Im Verkehr mit ihm gilt nur das Wort: „Wer Dreck anfaßt, besudelt sich." Und damit sind für uns die Akten über den Fall „Menschheit" endgültig geschlossen. Ueber die nunmehr (nach Erledigung der „Selbstanzeige" des Kameraden Mayr) ins Rollen kommenden Privatklagen Mayrs gegen linksradikale „Pressepapiere" werden wir seinerzeit berichten. —

Adolf Diesterwegs republikanische Sendung um 1850

„Einstens — nach vielen Jahrhunderten und, der Natur der Menschen gemäß, die es nicht anders wollen, nach schreckensvollen Ereignissen — wird eine Zeit kommen, in der man die Schwerter wirklich in Sicheln verwandeln wird, d. h. eine Zeit, welche allen den Millionen, die jetzt auf Krieg und Kriegsmaschinen (lebendige Kriegsmaschinen) verwandt werden, die Bestimmung geben wird, die Bildung des Menschen zum Menschen zu fördern, und wo die Ersten der Nationen, statt daß die jetzigen mehr die Kasernen als die Bildungsanstalten zu kennen und zu lieben scheinen, es ihre höchste Sorge werden sein lassen, daß die Menschen aufhören, mit Worten ihre Nächsten zu lieben, um es dann mit der Tat zu tun."

Mit diesen Gedanken widmet der große Volkspädagoge Adolf Diesterweg im Jahre 1850 seinen pädagogischen „Wegweiser" dem ihm geistesverwandten Freunde Friedrich Fröbel, dem Vater der „Kindergärten". Solche Gedankengänge waren in jener Zeit der preußischen Reaktion nach 1848 alles andre als modern und diese und ähnliche andre Anschauungen haben Diesterweg, dem aus dem freien Westen (Rheinland) stammenden Vater der heute bekannten Inhaber des pädagogischen Verlags Moritz Diesterweg in Frankfurt am Main, damals das Genick als preußischer Seminardirektor gebrochen. 1790 in Siegen geboren, macht er eine glänzende pädagogische Karriere, ist schon 1820 Seminardirektor in Mörs, 1832 in Berlin. Aber seine fachliche Genialität — u. a. wurde die von ihm in Mörs eingeführte Schulordnung die Musterordnung für sämtliche andern preußischen Seminare — nützt ihm nichts. Sein menschliches und pädagogisches Ideal liegt in dem Satz: „Entwicklung zur Selbständigkeit im Dienste des Wahren und Guten im öffentlichen Leben und in der Gemeinschaft der Menschen." Daraufhin muß er als Gegner der politischen Reaktion jenes Preußens seine Berufstätigkeit aufgeben und von den gehässigen Verfolgungen dieser Cliquen erlöst ihn erst im Jahre 1866 die Cholera. Furchtlos hat er für den Fortschritt und die Befreiung auf pädagogischem Gebiet gearbeitet, wie er an Fröbel weiter schreibt: „Das Bewußtsein, der bessern, strebenden Menschheit zugezählt zu werden oder sich zuzählen zu können, ist hoffentlich Dir, wie mir, nicht um ein Linsengericht, ja nicht um einen Purpurmantel feil."

Sein Eintreten für den Ausbau der Elementarschulen in Berlin und seine Forderung, in den höhern Bürgerschulen an Stelle der toten Lateinsprache die Nationalsprache, das Deutsche, in den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen, trägt ihm neben derjenigen der Bureaukraten auch die Feindschaft des einflußreichen Humanisten Thiersch in München ein, der es in seiner Verbissenheit fertigbringt, die Lehren von Diesterweg und Pestalozzi als Ursache der „sozialen Zeitkrankheiten" zu bezeichnen. Der Kampf der Dunkelmänner geht soweit, ihn, den bedeutendsten Pädagogen jener Zeit, zu denunzieren und zu verleumden und ihn dienstlich wegen kommunistisch-sozialistischer und demagogischer Absichten anzuschwärzen, etwas, was der Reaktion unter dem Kultusminister Eichhorn genügte, ihn trotz seiner unbestrittenen Verdienste kurzerhand zu entlassen. Es hat ihn aber nicht mürbe gemacht, weiterhin streitet er — auch als preußischer Abgeordneter — für ein zukünftiges Volk, „dessen Glieder für Gemeinwohl, Glück und Freiheit des Vaterlandes erglühen". Immer ist er der Mann, der zur Freiheit führenden Tat, niemals nur der abstrakte Idealist. „Die schlimmere Sorte des abstrakten Idealismus ist die, welche sich damit begnügt, hinterm Ofen denken zu dürfen, was man sich zu denken erlauben mag, und die es entweder im allgemeinen für Vor- oder Aberwitz erklärt, klüger sein zu wollen als die Vorfahren, oder doch die Erlaubnis, seine Gedanken über reale Verbesserungen frei zu äußern, auf gewisse Stände beschränken möchte. Kein Volk der Welt leidet so sehr an dem abstrakten Idealismus als das deutsche. Seine Wirkungen sind weit schlimmer, als die Folgen provinzialistischer Beschränktheit, mit der sich ein nützliches Wirken im kleinen Kreise recht wohl verträgt."

„Arbeiten", sagt er, „nicht schwärmen. Viele Deutsche schwärmen für die Freiheit, aber sie tun nichts dafür. Erwarten, daß eines schönen Morgens einem die Freiheitsmütze aufgesetzt werde — heißt schwärmen, was nach Lessing, leichter ist als — gut handeln." So redet er auch besonders seinen Lehrerkollegen in der Zeit nach 1848 ins Gewissen und ermuntert sie, selbstbewußt und konsequent die Interessen ihres Standes und damit die der wahren Volksschule zu vertreten. Er begrüßt es, daß die „Katastrophe" von 1848 die Parlamente gezwungen hat, sich überhaupt erst mal ernstlich mit der öffentlichen Schule zu beschäftigen. Die Aussichten haben sich zwar wieder getrübt, aber er deutet darauf hin, daß die Entwicklung, die Zeit die Fragen beantworten und lösen werden. „Innerliche Erziehungskraft" bittet er die Lehrer zu bewahren. Alle Scheinsucht, alle niedrigen Konzessionen an die Zeit lehnt er ab: „Am ekelhaftesten erscheint sie (die Scheinsucht), wenn sie in corpore auftritt wie bei servilen Singeständchen, deren sich leider auch Lehrer schuldig machen. Jede Kunst benutzen sie zu serviler Kriecherei. Wo irgendein gekröntes Haupt erscheint, da wird es angesungen. Freilich ist dies aufspreizende Wesen bei uns allgemein. Hofschranzen, Adressenwesen, Aktenwirtschaft, Titelsucht, Ordenerbettlung, Wortgeklingel usw."

Als Pädagoge wendet er sich vor allem gegen die sogenannten „Regulative", die, ein Produkt des Geheimrats Ferdinand Stiehl, am 1., 2. und 3. Oktober 1854 erlassen wurden und die jegliche wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der Pädagogik und der Volksschule verbannten. Diesterweg verfaßt eine Gegenschrift „Die drei preußischen Regulative" (1855) und lehnt letztere aus tief-religiösen Gründen ab. Seine Prophezeiung ist 1872 eingetroffen: „Beim ersten Hahnenschrei, der eine neue Morgenröte verkündet, ist es mit ihnen vorbei und sie fallen der Vergessenheit anheim." Er rollt ferner die soziale Frage als Bildungsfrage auf und nichts kennzeichnet seine soziale Einstellung so treffend wie seine Bemerkung: „Daß jeder, der ein Mensch ist, die Bemühungen derer, welche die unglückliche Lage der untern Klassen zu verbessern trachten, begünstigen wird, versteht sich von selbst." Die Industriestädte begannen zu wachsen, Mietkasernen entstanden, es war die Zeit, in der sich für die Proletarierkinder der Himmel zu verdunkeln begann und sie ihre Kinder- und Jugendzeit wie in Gefängnissen verbringen mußten. „Sieht ein zum Leben in den Häusern und auf dem Straßenpflaster verurteiltes Kind Sonne, Mond und Sterne, Morgen- und Abendröte, den Zug, die Formen und die Farben der Sonne?" Er empfiehlt den Eltern und Lehrern, das Wirken seines Freundes Friedrich Fröbel zu beachten, dessen Arbeit an der Groß-

Neue Amnestie für Fememörder?

In den letzten Wochen verstärkten die Freunde der „schwarzen Reichswehr" und die Anhänger von Putschplänen erneut ihre Propaganda für eine nochmalige Amnestie der Fememörder, die insbesondere Oberleutnant Schulz und Leutnant Heines der Freiheit zurückgeben soll. Die schwarzweißroten Parteien, natürlich auch Hugenbergs Deutschnationale Volkspartei und seine Presse, geben sich die größte Mühe, den rechtsradikalen Bünden den Rang abzulaufen, die schon etwas früher mit der Reklame für die „Femehelden" begonnen haben. Mittlerweile ist das Unglaubliche Tatsache geworden: Gegen die verhältnismäßig geringe Kaution von 5000 Mark ist der Leutnant a. D. Heines vorläufig aus der Haft entlassen worden!

Wir müssen uns bei der Stellungnahme zu den Fememördern von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß wir die Anstifter, also die Offiziere, anders zu bewerten haben als die Mannschaften. Vielfach haben das ja auch die Gerichte getan, allerdings in umgekehrtem Sinne, wie wir das meinen. Die Rittergutsbesitzer von Bodungen, Freiherr von Senden usw usw. sind als ehemalige Offiziere viel sanfter angefaßt worden als die „Kerls", die den brutalen Schlag mit der Eisenstange oder den Schuß in den Hinterkopf ausgeführt haben. Eine objektive Beurteilung hätte natürlich gerade umgekehrt verfahren müssen. Die Herren Offiziere hatten auf Grund ihres Bildungsgrades eine viel bessere Uebersicht als die ungebildeten Mannschaften, denen politische Einsicht vielfach völlig mangelte. Daher ist vernünftigerweise die Verantwortung um so größer zu bewerten, je höher die Bildung, je höher auch der Offiziersrang war.

Insbesondere der Fall Heines kann als geradezu klassisches Beispiel der Femejustiz gelten. Obwohl Heines für seinen bestialischen Mord an dem Arbeiter Schmidt nur fünf Jahre Gefängnis erhalten hat, von denen er bereits zwei Jahre in Sommerfrische-Untersuchungshaft hinter sich hat, wagt es Heines, Strafaussetzung, Bewährungsfrist, Vollamnestie für sich zu beanspruchen. Und er findet schwarzweißrote Bundesgenossen, die zur Unterstützung seiner Anträge auf Revision beim Reichsgericht den notwendigen nationalen Presserummel veranstalten.

Der Prozeß in Stettin, der kürzlich zum Abschluß kam, hat eine große Fülle neuen Materials zutage gefördert, das die Rechte schwer belastet. Leider wurde dieses Material in der republikanischen Oeffentlichkeit viel zuwenig beachtet, so daß es jetzt angesichts der neuen widerlichen Reklame für Heines und andre Fememörder dringend geboten erscheint, die wichtigsten neuen Ergebnisse herauszustellen.

Der Arbeiter Schmidt, der der Roßbachtruppe des Heines im Jahre 1920 in Pommern angehörte, ist ermordet worden, weil er als „Verräter" galt. Der Verdacht dieses angeblichen Verrates stützte sich nach dem anfänglichen Geständnis der Täter lediglich darauf, daß Schmidt zu einem Bauern gelegentlich gesagt hat: „Eigentlich sollte man die Waffenlager der preußischen Polizei mitteilen."

Wegen dieser Aeußerung galt Schmidt bei der Roßbachleitung als Verräter, der schleunigst getötet werden mußte! Selten ist wohl der staatsfeindliche Charakter dieser Putschbanditen klarer bewiesen worden als durch diesen Vorgang. Der bloße Gedanke einer Mitteilung von unerlaubtem Waffenbesitz an die Polizei Severings war Grund genug zu einem scheußlichen Mord. Dabei hat der ermordete Schmidt, wie absolut einwandfrei erwiesen ist, nichts mit den „Kommunisten" zu tun gehabt, interessierte sich in der Hauptsache „für die kleinen Mädchen" und war ganz unpolitisch.

Vom Heuboden, wo er bei seiner Liebsten genächtigt hatte, wurde er heruntergezerrt, durch einen schweren Schlag mit einer Eisenstange niedergestreckt, auf einen Wagen geladen und in den Wald gefahren. Es wurden Spaten geholt, vor seinen entsetzten Augen — er war unterdessen aus seiner tiefen Ohnmacht erwacht — wurde sein Grab gegraben. Nach längern Bemühungen wurde der Versuch aufgegeben, da das Wurzelwerk das tiefere Eindringen in die Erde unmöglich machte. Man fuhr weiter, ließ den Wagen mit dem gefesselten Schmidt stundenlang warten und landete schließlich an einer neuen Waldstelle, wo nun das Grab ausgehoben wurde. Schmidt wurde vom Wagen heruntergehoben und soll nun — nach der lächerlichen Lüge von Heines — den Heines „bedroht" haben; Schmidt war 1,60 Meter groß und schwächlich, Heines ist 20 Zentimeter größer und sehr kräftig. Die „Bedrohung" ist deshalb ein Phantasieprodukt der Angeklagten, die sich herauslügen wollen. Heines schießt dem Schmidt ins Gesicht, der Schuß ist nicht tödlich; Schmidt sinkt zu Boden, die Roßbachleute treten auf seinen Kopf, seinen Rücken, trampeln in viehischer Roheit eine Weile auf ihm herum und werfen ihn schließlich in sein Grab, wobei sehr zweifelhaft ist, ob Schmidt schon tot war. Denn einer der Mittäter hat mit aller Bestimmtheit ausgesagt, daß Schmidt lebend in sein Grab geworfen worden sei. Erst unter dem bohrenden Auge von Heines ist dieser Zeuge in der Gerichtsverhandlung umgefallen. Es ist wohl so, daß der unglückliche Schmidt erst in seinem Grabe erstickt ist.

Dieser Schmidt war eine sonnig-heitere Natur. Arbeitskollegen, die ihn gekannt haben, schilderten mit Tränen in den Augen, daß er ein lieber, gutherziger, immer fröhlicher Mensch war, eine Vogelnatur, die immer sang und lachte. Schmidt war nicht, wie seine „Kameraden" der Roßbachtruppe, Berufslandsknecht aus Arbeitsscheu, er stand moralisch und gesellschaftlich turmhoch über dem Gesindel, das ihn umgebracht hat. Er war nur durch Not in diese Arbeitskommandos geraten. Er hatte vorher in Stettin gearbeitet und war dort infolge Arbeitsmangels entlassen worden.

Es liegt eine Tragik in dem Schicksal des ermordeten Schmidt. Denn in dem Augenblick, als er, angewidert durch das Pack der Roßbacher, als anständiger Arbeiter zur Arbeit nach Stettin zurückstrebte, machte er sich verhaßt und verdächtig. Kaum ein Opfer der Feme verdient so viel Mitleid wie dieser Schmidt.

Die Leiche ist verschiedentlich umgebettet, und bis heute nicht gefunden worden; da nicht die Täter diese Umbettungen vorgenommen haben, ist erwiesen, daß ein größerer Personenkreis als Mitwisser in Frage kommt, als auf der Stettiner Anklagebank saß.

Leider ist auch der Verbindungsmann von Roßbach zur Reichswehr, der Rittergutsbesitzer und Rittmeister a. D. von Bodungen bisher nicht zur Verantwortung gezogen worden. Hier gilt wieder einmal das Wort, daß man die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt. Auf Bodungens Gut waren Waffenlager versteckt, er leitete die Kommandostelle der Abteilung Roßbach des Kreises Greifenhagen. Bodungen war der Verbindungsmann zum Reichslandbund und zur Reichswehr. Er wurde im Heinesprozeß nicht vereidigt, da der Verdacht bestand, daß er als Anstifter beteiligt war. Leider hat sich das Gericht auch nicht um die sogenannte Verräterliste Bodungens gekümmert. Ob Schmidt darauf stand, wie Bodungen behauptet oder erst später durch Fälschung dieser Liste daraufgesetzt worden ist, ist bedeutungslos gegenüber der Frage, welche andern Persönlichkeiten auf dieser Liste des Herrn von Bodungen standen! Der Zeuge Leutnant Schulz ist leider nach dieser Tatsache nicht gefragt worden.

Angesichts dieses Tatbestandes gehört wirklich die ganze Frechheit des schwarzweißroten Mordgesindels dazu, um über Heines und seine Tat den Mantel patriotischer Liebe zu breiten und für Heines die Freiheit zu fordern. In Bayern wird für Heines besonders lebhaft agitiert. Kein Wunder, da Heines als Bataillonskommandeur der Hitlerschen Sturmarmee und Vertrauter des Generals Ludendorff insbesondre im Jahre 1923 eine politische Rolle gespielt hat und sofort wieder spielen würde, wenn man ihn jetzt herausließe. Die republikanische Bevölkerung in München hat dem Leutnant Heines seine Ueberfälle auf die Gewerkschaftsjugend, auf die Maifeierdemonstranten 1923 und zahllose andre Gewalttaten noch nicht vergessen.

Aus all diesen Gründen müssen wir der Forderung nach Milde für Heines unsern entrüsteten Protest entgegensetzen.

Die Verhaftung des Fememörders Fahlbusch wird auf die Machenschaften des Femeanstifters Schulz neues Licht werfen. Der Femekomplex Schulz-Fahlbusch wird bei kommenden Vernehmungen, Prozessen und Verhandlungen vor dem Rechtsausschuß des Landtags eine große Rolle spielen. Ehe die nun gegebenen Möglichkeiten einer restlosen Aufklärung der Untaten des Oberleutnants Schulz nicht voll ausgeschöpft sind, kann eine Beurlaubung aus der Haft oder gar die Amnestie keinen Augenblick in Frage kommen. Größte Aufmerksamkeit ist geboten gegen Versuche des Schulz und seines Rechtsanwalts Sack, den Fahlbusch zu beeinflussen, daß dieser ebenso wie andre Werkzeuge des Schulz sich selbst belastet und Schulz herauslügt.

Wir bleiben bei unserm Standpunkt, daß schon viel zu viel Gnade mit den Fememördern geübt worden ist! —

Schwarzrotgold in München

Schwarzrotgold im weißblau-schwarzweißroten München? Es klingt unwahrscheinlich. Doch in diesen Tagen ist es Wirklichkeit geworden. Zwar nicht auf Regierungsgebäuden oder etwa in der Universität, aber in den Außenvierteln der Stadt, wo reichsfreudiges Bürgertum friedlich zusammenlebt mit einer republikanisch gesinnten Arbeiterschaft; ganze Straßenzüge prangten im Schmucke der Reichsfarben.

Das Reichsbanner hatte vom 24. bis 26. Mai einen Südbayrischen Republikanischen Tag veranstaltet, der sich zu einer festlichen Demonstration für die Weimarer Verfassung und den neuen Staat gestaltete. Während vor 2 Jahren noch Kundgebungen polizeilich verboten waren, legten gegen 10 000 Reichsbannerleute öffentlich ein Treugelöbnis zur Republik ab. Sämtliche Versammlungen waren überfüllt und

Aufstieg!

Junge, Junge, wann dich der Thälmann sieht, dann wirst du gleich sein Privatsekretär!

der mustergültig disziplinierte Festzug fand in den Straßen eine — gemessen an den bisherigen Münchner Verhältnissen — ungewöhnlich große Beachtung.

Nach einer Gefallenenehrung am Kriegerdenkmal fand der große Aufmarsch und Festakt auf dem Mariahilfplatz in der Aue statt. Tiroler und Vorarlberger marschierten hier neben Oberbayern, Württemberger neben Franken. Die Rheinpfälzer führten die fast 100jährige Hambacher Fahne mit sich, eine Abteilung der Ortsgruppe Berlin-Tiergarten auf Lastautos den Berliner Bären; sie und die Deutschösterreicher wurden ganz besonders stürmisch begrüßt.

Zu der Massenversammlung, die um wehende Fahnen geschlossen in der Mittagsglut stand, sprachen der Ortsgruppenvorsitzende Dichtel, der Bundesvorsitzende Hörsing, der Bauernbundführer Kübler (Landau), der württembergische Demokrat Dr. Leopold (Ravensburg) und Wagner (Innsbruck) als Abgesandter des Republikanischen Schutzbundes.

Die gesamten Veranstaltungen des ersten Südbayrischen Republikanischen Tages verliefen ohne jede Störung. Daran haben nicht nur, das muß anerkannt werden, Polizei und die Verkehrsanstalten ihr Verdienst, sondern, wie die „Vossische Zeitung" hervorhebt, das Reichsbannenr selbst, das sich auch in München als wohlorganisierter und kraftvoller, aber besonnener Bund zum Schutze der Republik erwiesen habe. —

Reichsbanner-Beobachter

Rechtsradikale „Notwehr".

Der der Nationalsozialistischen Partei angehörende Gärtner Albert Schütz, der vor einigen Wochen unter dem Verdacht verhaftet worden war, den Reichsbannermann Schmidt niedergestochen und ein andres Mitglied des Reichsbanners durch einen Stich so schwer verletzt zu haben, daß er kurz vor seiner Einlieferung in ein Krankenhaus starb, ist nach einem Beschluß des Straffsenats des Oberlandesgerichts aus der Haft entlassen worden, da er der Angegriffene gewesen sei, und weil unter diesen Umständen kein dringender Tatverdacht bestehe. Dieser Beschluß steht in auffälligem Gegensatz zu der Stellungnahme der Beschlußkammer des Landgerichts, die nach sorgfältiger Prüfung der Akten der Voruntersuchung einen Haftentlassungsantrag für Schütz abgelehnt hatte.

Wäre der Täter tatsächlich in Notwehr gewesen, so wäre es kaum zu erklären, daß keiner seiner Freunde eine erhebliche Verletzung erlitten hat, während zwei Reichsbannerleute tödliche Verletzungen empfingen. Ihre Wunden rühren nach den Aussagen von Sachverständigen von einer „Hippe", einem Gärtnermesser, her, was ebenfalls für Schütz belastend ist. Die Akten sind nunmehr an die Beschlußkammer des Landgerichts gegangen, das über die Eröffnung des Verfahrens zu beschließen hat.

Inzwischen hat der preußische Justizminister einen ausführlichen Bericht über das Ergebnis der Voruntersuchung eingefordert. Der Generalstaatsanwalt in Frankfurt a. M. hat diesem Bericht eine Abschrift sämtlicher Zeugenaussagen, die vor dem Untersuchungsrichter gemacht worden sind, beigefügt. —

Bundesverfassungsfeier
Berlin • 10. und 11. August

---

stadtjugend, „Kindergärten" usw., sich unter dem Titel eines Fröbelschen Buches zusammenfassen läßt: „Kommt, laßt uns unsern Kindern leben."

In seiner geistigen Fundierung ist er Großdeutscher und das nicht erst als Mitläufer der 1848er Revolution, sondern schon jahrelang vorher bedauert er die nationale Zerrissenheit Deutschlands, empfindet er es als einen Mangel, daß nicht einmal an einem Tage, dem eines so sehr von ihm ersehnten Nationalfestes, die Herzen der Deutschen gemeinsam höher schlagen können. Es liegt im innersten Sinne der Nationalschule, neben der bloß intellektuellen auch die körperliche Erziehung zu pflegen. So begrüßt er eine diesbezügliche Anregung der preußischen Regierung in einer Schrift, der er den Titel gibt: „Alaaf Preußen! Zur Begrüßung der neuen Epoche in dem preußischen, hoffentlich deutschen Erziehungswesen, eingeleitet durch die Kabinettsorder vom 6. Juni 1842, die allgemeine Einführung der gymnastischen Uebungen betreffend." Er zeigt darüber hinaus weitere Wege. Durch den Ausbau der Leibesübungen an den Schulen erübrigt sich eine lange Militärzeit, er verlangt Verkürzung der Militärzeit von 3 Jahren um die halbe Zeit. Für die damalige staatliche Situation eine sehr oppositionelle Sprache, die theoretisch schon in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts dem preußischen Militarismus den Todesstoß versetzte: „Hunderttausende von Händen, die jetzt jahrelang nur mit mechanischer Waffenübung beschäftigt sind, werden beim Landbau und in den Werkstätten produktiv wirken und ebenfalls Millionen verdienen. Dadurch gewinnen wir überreichlich die Mittel zu jenen Anstalten," er meint die Schulen und andre Bildungseinrichtungen. Auch seine Forderung für die Körperbildung der Mädchen könnte wirksamer keinen heutigen Anwalt finden. Nach seinen Worten ist die systematische körperliche Ausbildung bei der weiblichen Jugend noch nötiger als bei den Knaben, ihre Hausarbeit könne niemals als Ersatz dafür angesehen werden. Das eheliche Leben, die Kraft der Neugebornen verlange die allgemeine Kräftigung unsrer Mädchen. „Einst wird die Zeit kommen", heißt es in diesem Zusammenhang, „wo man es nicht mehr begreifen wird, daß man die Körperbildung, den Tempel des gottähnlichen Geistes, total vernachlässigen, gänzlich mißachten, schlechthin verkümmern lassen konnte. Verdient denn die irdische Erscheinung des Menschen, dieser Krone der Schöpfung, solche Behandlung en canaille?"

Diesterweg verachtet diejenigen, die nicht über den Horizont ihres Kirchturms oder über die Farbe ihrer Landes-Grenzpfähle hinaussehen wollen. Er bezeichnet sie als Egoisten und sagt: „Wer nur seine Heimat, sein Dorf, seine Stadt liebt, ist ein Pfahl- oder Spießbürger. In ihm ist das Spießbürgertum, auch Philistertum genannt." Diesem beschränkten Vaterlandssinn stellt er die Aeußerung des großen Franzosen Fénélon gegenüber: „J' aime mieux ma famille que moi, ma patrie que ma famille, et l'univers que ma patrie" („Ich liebe meine Familie mehr als mich selbst, mein Vaterland mehr als meine Familie und die Welt mehr als mein Vaterland"). Es ist eine gewisse geistige Höhe nötig, sich zu diesem Gedankenflug zu erheben und alles richtig gegeneinander abzuwägen. Diesterweg hat schon damals als einer jeniger wenigen Einsamen auf jenen Höhen gewandelt, das reiht ihn ein in die Galerie unsrer wahrhaft großen Nationalgeister. Dieser seiner geistigen Einstellung entspricht es auch, wenn er für die Betonung der deutschen Sprache im Unterricht eintritt. Die tiefste Schmach, so führt er aus, solle jede deutsche allgemeine Bildungsanstalt treffen, die den Schülern die fremden Sprachen besser vermittelt als die nationale Muttersprache. Diese deutliche — fast moderne — Spitze gegen die humanistischen Gymnasien versuchen die damaligen Philosophen zu brechen, indem sie Diesterweg der Unkenntnis zeihen und sagen, daß nur der die Philologie zu schätzen wisse, der sie besitze. Das bieten diese Kläffer einem Manne, dem sie in keiner Beziehung das Wasser zu reichen imstande sind. Aber Adolf Diesterweg führt eine gute Klinge, seine Antwort ist kristallklar: „Auch die Nationalität schätzt nur der, der sie besitzt. Uebrigens fördert eine Eisenbahn durch Deutschland die Entwicklung der Nation mehr, als hundert neue lateinische oder griechische Grammatiken: sie erzeugt einen Kulturaufschwung." Einheit und Harmonie in der Erziehung sind ihm die Grundlage für den großdeutschen Aufstieg. Aus dieser Einstellung heraus verlangt er die einheitliche Nationalschule.

Er schätzt auch den Wert der Frauenbildung für das Volksstaatleben richtig ein. Zu seiner Zeit, in der nur den Männern die Betätigung im öffentlichen Leben offen stand und das auch nur in ganz beschränktem Maße, führt er die geringe Beteiligung der Männer am öffentlichen Wirken darauf zurück, daß die Frauen infolge ihrer ungenügenden Bildung den Mann daran hindern. „Die meisten bannen den Mann in den häuslichen Kreis durch sichtbare und unsichtbare, aber mächtige Gewalten. Wer sich nicht bannen läßt, wird selten dem (jederzeit traurigen) Zwiespalte mit der Hausfrau ausweichen können. Die Frau muß den Mann zu verstehen suchen. Der Mann gehört zuoberst seinem Berufe, der Welt an, dann der Familie." Wir wissen heute, daß ohne die Mitarbeit der Frau ein fruchtbringendes öffentliches Wirken nicht möglich ist. Aber für seine Zeit vor nunmehr 80 Jahren war diese Ansicht schon ein Schritt, der auf dem Wege zum republikanischen Volksstaate lag. Das müssen wir heute an Diesterweg anerkennen, bei ihm, den man im Vorkriegsdeutschland nur einzelner interner unterrichtlicher Gedanken wegen als Pädagogen anerkannte.

Alle Kräfte wollte er im Interesse des Vaterlandes entfaltet wissen. Er hat als einer der Ersten Bresche geschlagen in den Bann, der das öffentliche Leben drückte und das zu einer Zeit, als noch wirklicher Mut dazu gehörte. „Freiheit, nichts als die Freiheit ist die Bedingung alles Glücks." Diese Ueberzeugung mußte ihn zu einem Manne der Tat machen, der in wohldurchdachter und geschickter Art Vorschläge brachte, die Schritt für Schritt die Mitwirkung des Volkswillens im Staate förderte. Er wußte, daß diese Freiheit nicht erschlafen, sondern nur in harter Arbeit erworben werden kann. „Die Freiheit fällt auch nicht in einer Nacht vom Himmel." Wenn die langsame, innerliche, tiefe Vorbereitung und allseitige Vorbildung dazu fehlt, so ergeht es einem ganzen Volke, wie nach Goethe dem Michel oder Stöffel:

„Daß Glück ihm günstig sei,
was hilft's dem Stöffel?
Und regnet's Brei,
ihm fehlt der Löffel."

So klingen uns auch heute noch die Gedanken Diesterwegs wie Mahnrufe zur Sammlung im Kampfe um die soziale Befreiung in der Republik und ein gut Teil seiner Schriften atmet den Geist eines Vermächtnisses an den Volksstaat, geschrieben mit dem Herzblut des innerlich überzeugten Kämpfers und Klassikers der Freiheitsbewegung. Fr. W. Spitzner.

Wer im Glashaus sitzt ...

Der „Stahlhelm" veröffentlicht in seiner Nr. 21 eine lange Liste von angeblichen Ueberfällen des Reichsbanners auf den Stahlhelm. Es ist zwecklos, sich mit dem Stahlhelm über diese Dinge auseinanderzusetzen; denn ihm kommt es ja nur darauf an, unter allen Umständen dem Reichsbanner etwas anzuhängen. Wir weisen aber darauf hin, daß es sich hier im wesentlichen um Vorfälle handelt, zu denen wir auf Grund unsrer Informationen Darstellungen veröffentlichen konnten, die ein andres Bild ergaben, als der Stahlhelm es zu zeichnen versuchte. Im übrigen brauchen wir nur an Arensdorf und an den Tod unsers Kameraden Erdmann in Düsseldorf zu erinnern, um dem Stahlhelm recht deutlich zu sagen, daß, wer im Glashaus sitzt, sich hüten soll, mit Steinen zu werfen. Der Stahlhelm nenne uns einen Stahlhelmer, der durch Reichsbannerkameraden sein Leben verloren hat. Wenn ihm das nicht möglich ist — und er kann es nicht —, fallen die Vorwürfe, die er gegen das Reichsbanner erhoben hat, auf ihn selbst zurück und kennzeichnen deutlich die skrupellose Leichtfertigkeit seiner Agitation. —

*

Der Stahlhelm in München.

Mit einem übeln Auftakt hat die Tagung des Stahlhelms in München begonnen. In den Tagen, an dem der Stahlhelm das Kriegerdenkmal für seine Totengedenkfeier schmückte, wurde von dem an diesem Denkmal durch das Reichsbanner niedergelegten Kranz die schwarzrotgoldene Schleife abgeschnitten. Mit Recht spricht die „Frankfurter Zeitung" von einer empörenden Roheit und bemerkt, daß der Stahlhelm zu beweisen haben werde, daß er mit dieser Tat nichts zu tun hat und sie verurteilt, wenn seiner Münchner Tagung nicht ein Makel anhaften solle.

*

Die politische Absicht des Stahlhelms in München ist es, das föderalistische Bayern für sich zu gewinnen. Seldte und Duesterberg haben darum den bayrischen Ministerpräsidenten Held, der den Stahlhelm noch eben als „nichtbayrisches Gewächs" abgelehnt hat, in einer Unterredung von der Echtheit ihres Föderalismus zu überzeugen. Ob es genützt hat?

*

In München hat Seldte wieder einmal ein politisches Bekenntnis abgelegt. Hier ist es:

„Der Stahlhelm will keine Revolution, der Stahlhelm macht keine Revolution, weil er glaubt, sie im Interesse des deutschen Volkes nicht hervorrufen zu dürfen, weil wir unsern äußern Feinden nicht Gelegenheit geben dürfen, uns weiter, tiefer in Unfreiheit und Knechtschaft zu stürzen und weil wir nicht die Verantwortung eines Bürgerkrieges auf uns nehmen wollen in einem Volke, das noch so unreif ist, daß trotz der Belastung weite Kreise befangen sind im Glauben an den Wert einer Ordnung, die wir ablehnen und alle mit uns, die die Freiheit der Seele als Voraussetzung der Befreiung der Nation erkennen. Dem Stahlhelm bleibt nur der Weg der treuen und zähen Arbeit und der Vorbereitung offen. Wir wollen arbeiten und uns rüsten und uns bereithalten für den Tag, an dem wir das heutige System auf dem natürlichen Wege beseitigen können ohne Bürgerkrieg und ohne Gefahr feindlicher Einmischung."

Diese Worte klingen wesentlich anders als die Anschauungen, die Seldte hinter verschlossenen Türen zu vertreten pflegt. Befindet er sich im Augenblick in der Lage des Fuchses, dem die Trauben zu hoch hingen? —

*

Stahlhelmspitzel.

Wie die „Welt am Montag" mitteilt, besitzt der Stahlhelm ein ausgedehntes Spitzelnetz in Deutschland, das sich auf alle wichtigen Amtsstellen der Zivil- und Militärverwaltung, auf die Gewerkschaften, die großen Zeitungsverlage und Industriewerke erstreckt. Insbesondere rühmt er sich, an 122 Orten im Reichsbanner und an 89 im Roten Frontkämpferbund Spitzel zu haben. Sogar in der vom Roten Frontkämpferbund gebildeten besondern Antistahlhelm-Kommission will er einen solchen besitzen.

Kameraden, Augen auf! Achtet auf die Provokateure! —

Das Land der 3000 Seen

Der Schiffsfahrplan durch das ostpreußische Oberland und Masuren, den der Verkehrsverband für das südliche Ostpreußen in Allenstein kostenlos herausgibt, ist für das Jahr 1929 soeben neu erschienen. Der Plan, der drucktechnisch vorzüglich aufgemacht ist, enthält neben dem Fahrplan der Schiffahrtslinien, die auf den masurischen und oberländischen Seen verkehren sowie den Angaben der Fahrpreise, der Auskunftsstellen und der Schriften über das südliche Ostpreußen eine große, übersichtliche, in zwei Farben gehaltene Karte. Bilder von den durch die Schiffahrtslinien berührten wunderschönen bewaldeten Seenstrecken geben dem Beschauer der Karte köstliche und werbende Proben von der süd-ostpreußischen Landschaft. Die Drucksache, die durch alle Verkehrsbureaus und durch den Verkehrsverband in Allenstein selbst gegen Voreinsendung des Portos bezogen werden kann, wird dem südlichen Ostpreußen, dem Lande der 3000 Seen, das sich dem Fremdenverkehr immer mehr erschließt, sicher neue Freunde werben.

Wir haben das Verkehrsbureau ersucht, uns einen Plan für die 32 Gausekretariate zur Verfügung zu stellen. Diese werden dann, da unsre Ostmark als besonderer Ausnahmefall anzusehen ist, ersucht werden, den Plan aufzuhängen.

Aus den Gauen

Gau Mittelschlesien. Das am 26. Mai in Oels veranstaltete Kreistreffen war eine eindrucksvolle Kundgebung für die Republik. — Auf den 16. Juni ist ein Kreistreffen in Briesen angesetzt. — Am 23. Juni findet in Breslau die Gaukonferenz statt.

Gau Leipzig. Kamerad Dr. Deutsch aus Wien unternimmt in der Zeit vom 18. bis 22. Juni eine Vortragsreise durch die größern Städte des Gaues. Er wird über den Faschismus in Europa sprechen.

Gau Württemberg. Am 29. und 30. Juni findet in Reutlingen das Gauschießen des Reichskartells Republik statt. — Mit einer am 6. und 7. Juli in Ellwangen stattfindenden Bannerweihe ist ein bayrisch-württembergisches Grenztreffen verbunden. — Ein gemeinsames Treffen der Reichsbannerjugend aus den Gauen Baden, Pfalz und Württemberg ist für den 13. und 14. Juli in Weinheim vorgesehen.

Gau Franken. Größere Veranstaltungen — republikanische Tage und Bannerweihen — finden statt: am 23. Juni in Fürth, am 14. Juli in Zell, am 8. September in Forchheim.

Mitteilungen des Bundesvorstandes

1. Reichsausschuß. Aus Versehen ist in der Liste der Reichsausschußmitglieder, die in der Nr. 18 vom 4. Mai der Bundeszeitung veröffentlicht worden ist, der Name des Kameraden Polizeioberst a. D. Lange, Berlin-Grunewald, Friedrichsruher Straße 30, II, nicht mit aufgeführt worden. Kamerad Lange ist nach wie vor Mitglied des Reichsausschusses, was wir hiermit allen Kameraden bekanntgegeben.

2. Marschalbum. Die Gaustabführer werden aufgefordert, in Kürze spielfreie Märsche einzusenden zur Zusammensetzung eines Bundesalbums.

8. Mitgliedsbücher. Die Mitgliedsbücher lautend auf folgende Namen:

Nr. 306171 Max Rönsch, Hamburg, Memeler Str. 4, bei Hinz;
„ 474905 Reinh. Lenz, geb. 6. September 1910 in Sterkrade;
„ 475180 Christ. Simosek, geboren 20. November 1897 in Bankwitz;
„ 473485 Friedr. Kasper, geb. 1. April 1909 in Diedenhofen;
„ 474224 Erich Zimnau, Ortsverein Steele-Kray;
„ 672408 M. Meier, Köln-Kalk, Ehdtstraße 77

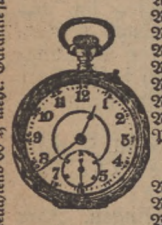
sind verlorengegangen und werden hiermit für ungültig erklärt. Ebenso wird das Mitgliedsbuch auf den Namen Joseph Kellenter, Köln-Lindental, Herderstraße 85, für ungültig erklärt. **Der Bundesvorstand.** J. A.: Hörsing.

*

Extrabeiträge. Auf Antrag des Gauvorstandes in Düsseldorf wird für den Kreis Solingen-Remscheid ein Extrabeitrag von 5 Pf. pro Mitglied und Monat genehmigt.

Jedes Republikaners Lust
„das Reichsbanner"

Reichsbannerfahnen sowie sämtliche schwarzrotgoldenen Artikel
Weigert & Kahane
Nürnberg, Fahnenfbr., Fleischbrücke 3,I
Tel. 21063
Warenherstellung für republ. Verbände u. Vereine

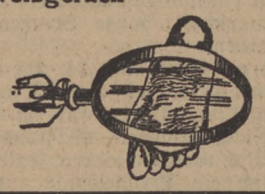
Wer meine Preise kennt, kauft nur bei mir!
Reklamepreis nur 4 M.
Von den Uhren verkaufe jährl. ca. 10 000 Stück.
Nachts leuchtend 60 ₰ mehr. Garantie für jede Uhr

kost. echte deutsche H.-Ankeruhr Nr. 52, stark vern. ca. 3ostd. Wk., gen. reg. nur ℳ 4.-
Nr. 51, dsl. echt versilb., Goldr., Scharn. ℳ 5.-
Nr. 55, dies. mit besser. Werk nur ℳ 6.50
Nr. 57. diese kleinere Form nur ℳ 9.-
Nr. 57, Neusilber mit Goldrand nur ℳ 12.-
Nr. 58, m. Sprgd., ganz vergld. nur ℳ 12.80
Nr. 25, echt Silb., Goldr., 10 Steine ℳ 18.-
Nr. 39, Damenuhr, versilb., Goldr., u. ℳ 7.50
Nr. 79, dieselbe kleines Format nur ℳ 10.-
Nr. 81, dies echt Silb., 10 Steine nur ℳ 15.-
Nr. 82 echt Gold 585 gestemp. ℳ 25.-
Panzerkette vernick. 0.50, echt Nickel 1.-, echt versilbert 1.50, echt vergoldet 2.-, echt Silber ℳ 5.-, Golddoublé ℳ 5.-
Nr. 47, Armbanduhr m. Riem. nur ℳ 8.-
Nr. 44, dsl. kl. Form m. bsl. Werk nur ℳ 12.-
Wecker, prima Messingwerk ℳ 3.50 b. 6.-
Unsere Leser erhalten 1 ℳ Nachlaß u. eine Kapsel gratis b. Bestellung einer Uhr zum Preise von 6.50 ℳ oder mehr.
Uhren-Klose, Berlin SW 29 (61), Zossener Str. 8

Fürheitere Abende in Familie und Verein
empfehlen wir:
Senff-Georgi
Das lustige Vortragsbuch
Eine Sammlung köstlichen Humors
Geb. nur **Mk. 1.50**
W. Eschbach und W. Hofmann
Lachendes Volk
Humor in Vers und Prosa, der bei allen befreiendes Lachen auslöst
In Leinen geb. Mk. 4.—, brosch. **Mk. 3.—**
Artur Goldstein
Das lustige Buch
des Bücherkreises. Eine Sammlung von zeitgemäß. Humoresken u. Grotesken
In Leinen geb. Mk. 5.—
für Bücherkreis-Mitglieder nur **Mk. 3.—**
Sämtlich zu beziehen per Nachnahme oder geg. Voreinsendg. des Betrages durch den
Reichsbanner-Buchversand
Magdeburg, Gr. Münzstr. 3

Metall-Holz- **Betten** Stahlmatratzen
Kinderbbetten, Polster, Schlafzimmer, Chaiselongues an Private. Ratenzahlung. Katalog 844 frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Auch Sie werd von Ihren **Kopfbeschwerden,** rheumatisch, ne vös. Ueberarbeitung, Migräne usw. **garantiert sofort** befreit. Näheres umsonst
Sanitas A. Zirndorf I, B. Schließfach 8

Reichsbannerfahnen gut und preiswert. Sämtl. Vereinsartikel. Zahlreiche Anerkennungen. Bemusterte Offerte und Katalog gratis
Fahnen-Fabrik **A. Dreyer** Hildesheim 17 gegr. 1881

Fuß-Schmiere!?
Gerlachs-Gehwol-Präservativ-Krem verhütet vorbildlich Wund- und Blasenlaufen, beseitigt das Brennen der Füße und den unangenehmen Schweißgeruch
In allen Apotheken und Drogerien
Mk. 1.—, 0.70, 0.50


Bar **37 M** an. Freilauftourenrad 5 Jahre Garantie, elektrische Lampe, Glocke, Pumpe, bar. **Motorräder.** Luxusmodell **68 M** **Prachtkatalog** umsonst. Herrliche Räder, Sprechapparate, **Radio** **Teilzahlung.** **10 M** Anzahlg.
Schiawe Berlin 298 **Weinmeisterstr. 4**

Kameraden! Republik. Märsche für Martinshörner, Trommeln und Querpfeifen

Ausrüstung ganzer Korps in Martinshörnern und Spielmannszüge, einheitl. republikan. Schwalbennester usw. kaut. Sie zu denkbar niedr. Preis bei Bundesgenossen
Rich. Ranft Pausa i. V., Musikinstrumenten-Fabrikation. Zahlungserleichterung. 25 neue Freiheitsmärsche für Martinstrompeten oder Schalmeien
Katalog frei. **Schalmeien-Ranft.**

Jeder Käufer eines **Phänomen-Rades** erhält

PHÄNOMEN Ges. gesch.
das Goldene **Phänomen-Rad**
Die Direktion der Phänomen Werke Gust. Hiller A. G. Zittau.
Leistungsfähige Händler in allen Gegenden Deutschlands weisen wir auf Anfrage nach.

Berliner Fahnenfabrik
Fischer & Co.
Berlin SW 19, Wallstraße 84
Der neuerschienene Reichsbannerkatalog wird auf Wunsch postfrei übersandt
10008

130 proletarische Platten
Kampf- u. Freiheitslieder, Märsche, Chöre usw. Einzig in der Art. Sprechapparate große Auswahl Genossen verlangen sofort Liste frei 10022
Musik-Steinhaus, Weimar 499

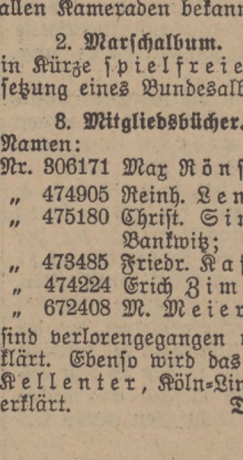
Schutzmarke FRICOWIR EDELSTAHL
Höchste Schnittfähigk. Für alle App. pass. Bei Nichtgef. Rückg. innerh. 10 Tag. gestatt.
100 Stück Mk. 8.50
50 „ „ 5.00
10 „ „ 1.50
frei Haus. unt. Nachnahme. Bei Bestellung von 50 oder 100 Klingen liefern wir
GRATIS
1 versilberten Rasierapparat im Etui od. 10 Klingen extra.
Rasierklingen-Vertriebs-Ges. Fritz Wirschky & Co. Hamburg 11 N. Mönkedamm 7 Postscheckkt. Hamb. 32090.

Moritz Hugo Jakob
Markneukirchen 78
Beste Bezugsquelle für Musikinstrumente all. Art. Welches Instrument wird gewünscht?
Preisliste kostenlos

Bettnässen
behebt sof. **Dr. med. Zottmann's „Kraton".** Ausk. kostenl. Alter u. Geschlecht angeb. **Medika-Versand,** 552 K, München 25, Plinganserstraße 76.

Die rote Kinderrepublik
Ein Buch von Arbeiterkindern für Arbeiterkinder
Aus Briefen, Tagebuchblättern und Hordenaufzeichnungen zusammengestellt und ergänzt von **Andreas Gayk, Kiel.** Bildschmuck und Photomontage von Niels Brodersen und Rich. Grune.
2. Aufl., 7. bis 16. Tausend. Halbleln. Mk. 3.50.
„Es gibt einen Einblick in das Treiben der ganz. jungen Generation, die für ihre Ferientage ein eigenes kleines Staatswesen geschaffen hatten. Das mit Bildern und Illustrationen gut ausgestattete Buch, dessen Autoren fast ausschließl. Kinder sind, ist nicht nur für deren Altersgenossen interessant u. lehrreich." „Voss. Zeitung", Berlin.
Zu beziehen durch jede Buchhdlg. Vollständ. Verlagsliste steht z. Verfügung.
Arbeiterjugend-Verlag Berlin SW 61 Belle-Alliance-Platz 8

Gicht- u. Rheumatismus-Tee von Dr. Zinsser & Co. hat sich seit 30 Jahren vorzüglich bewährt. Ueber 20 000 Anerkennungen. Pak. Mk. 1.80 u. Mk. 2.50 in fast allen Apotheken.
Dr. Zinsser & Co. G. m. b. H. **Leipzig 93.**

MUSIK BRINGT FREUDE INS HEIM

ZIEHHARMONIKAS v. 4.75 MK. an
GEIGEN v. 5.00 MK. an
MANDOLINEN v. 7.00 MK. an
GITARREN v. 12.00 MK. an
GITARRZITHERN v. 8.75 MK. an
CLARINETTEN v. 8.00 MK. an
GROSSE FLÖTEN v. 6.50 MK. an
TROMMELN v. 8.80 MK. an
SIGNALHÖRNER v. 9.50 MK. an
TROMPETEN v. 28.75 MK. an
SPRECHAPPARATE COMPL. v. 18.00 MK. an
PLATTEN v. 1.60 MK. an
Jedes Instrument 8 Tage z. Probe
Umtausch bei Nichtgefallen.
GÜNSTIGE RATENZAHLUNGEN.
VERLANGEN SIE SOFORT UNSEREN HAUPTKATALOG. ZUSENDUNG KOSTENFREI PLATTENVERZEICHNISSE GRATIS!
Versand ab Fabrik
bezw. Spezialvers. Geschäft der Branche
direkt an Private
MEINEL & HEROLD
MUSIKINSTRUMENTE-SPRECHAPPARATE-U. HARMONIKAFABRIK
KLINGENTHAL Nº 191
GRÖSSTES MUSIKINSTRUMENTENVERSANDGESCHÄFT DEUTSCHLANDS

Thüringer Pflaumenmus gar reine zuckergesüßte feinste Qualität
10 Pfd.-Eimer 3.75 Mk ab hier Nachnahme
OTTO RITTER Pflaumenmusfabrik Schkölen in Thüringen 46

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nervös. Ohrschmerzen. Glänzende Anerkennung. **Medika-Versand,** 552 N **München 25,** Plinganserstraße 76

Fahrräder Fahrradreif. Zubehör
Sprechmaschinen, Uhren, Musikinstrumente aller Art, kaufen Sie zu billigst. Preisen bei „Hannibal"-Gesellschaft. Katalog gratis. Halle a. S. **Teilzahlung erlaubt.**

Ohne Waffenschein
alles f. jed. Schießsport. Reichhill. Preisliste gratis. Waffenfrankobis Würzburg 49

Billige böhmische Bettfedern Nur reine gut füllende Sorten

1 kg graue geschlissene M. 3.—, halbweiße M. 4.—, weiße M. 5.—, bessere M. 6.—, daunenweiche M. 7.—, M. 8.—, beste Sorte M. 10.—, M. 12.—, weiße ungeschlissene Rupffedern M. 7.50, M. 9.50, beste M. 11.—, Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme, Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel
Lobes Nr. 836 b. Pilsen (Böhm.)

1869 • 1929
Ihr **Stolz** und ihre **Freude** die **Vereinsfahne** von
Fahnenrichter Köln 8
Kunstwerkstätten f. a. Stickereien u. Malereien, sämtl. Vereins- u. Festbedarf, Hausfahnen, Theaterbühnen. Liste No. 435 kostenl.

Es ist Ehrenpflicht der Kameraden und deren Frauen, bei ihren Einkäufen die Inserenten des Reichsbanners zu berücksichtigen!

Polster- Stahl- **Matratzen** Chaiselongues
Metall- und Holzbetten, Schlafzimmer an Private. Ratenzahlung, Katalog 844 frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Sie sparen 50% Statt 20 nur 10 Pf. **„Gloria"**
12 cm gr. Uebersee-Zigarre höchster Qualität. 50 St. M 5.-, 250 St. noch billiger nur M 24,50, portofrei geg. Nachn. Preisliste gratis.
Gebr. Weckmann, Zig.-Fabr., Hanau-F 5